

Zum Holocaust-Gedenktag

heute 07:28 Uhr

Das Gedenken der nachfolgenden Generationen

Viele junge Menschen wissen nicht, was in Auschwitz geschah. Schulen sollten deshalb verpflichtet werden, KZ-Besuche anzubieten. Für die Schüler allerdings muss das Angebot freiwillig bleiben. VON ANN-KATHRIN HIPF



In der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar gedenken Schüler der Opfer des Nationalsozialismus. FOTO: PICTURE ALLIANCE / MARTIN SCHUTT

Die Erinnerung verblasst, die Zeugen verschwinden. Bereits jetzt geschah der Holocaust für viele in einem Land vor ihrer Zeit. Den Gräueltaten ihrer Groß- und Urgroßeltern fühlen sie sich fern. Dass die Ermordung von sechs Millionen Menschen dennoch im kollektiven Gedächtnis verankert bleibt, ist essentiell. Nicht allein der Vergangenheit, sondern vor allem der Gegenwart und Zukunft wegen.

In Zeiten, in denen eine rechtspopulistische Partei im deutschen Bundestag sitzt, in denen Björn Höcke (AfD) von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ spricht und Alexander Gauland (AfD) eine Neubewertung der Wehrmachtstatten fordert, muss das gewollte Vergessen verhindert werden. Eine zentrale Aufgabe liegt hier bei den Schulen.

Viele Schüler wissen nichts vom KZ in Auschwitz

Dass Auschwitz-Birkenau im Zweiten Weltkrieg ein Konzentrations- und Vernichtungslager in Polen war, wissen nur noch 59 Prozent der Schüler, die älter sind als 14 Jahre. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Hamburger Körber-Stiftung aus dem vergangenen Jahr. Setzen, sechs? Die Plädoyers für **KZ-Pflichtbesuche** aller Schüler scheinen vor diesem Hintergrund allzu richtig. Man möchte der Berliner Staatssekretärin **Sawsan Chebli** (SPD) oder dem Vorsitzenden des Zentralrats für Juden, Josef Schuster, zustimmen, wenn sie die obligatorischen Geschichtsausflüge fordern. Man sollte es trotzdem nicht.

Kinder und Jugendliche an Torte zu zwingen, wo Menschen einst wie Tiere gestapelt und vergast wurden, ist der falsche Weg. Es könnte sie emotional überfordern oder gar Ablehnung hervorrufen. Zwangspädagogik ist hier fehl am Platz. Empathie lässt sich nicht erzwingen.

Richtiger wäre es, allen Schülern die Möglichkeit zu geben, ein Konzentrationslager zu besuchen, wenn sie es denn möchten. Bundesweit jede Schule sollte dazu verpflichtet werden, der Ausflug integrativer Bestandteil des Lehrplans sein. Bestenfalls wäre er finanziert durch die Länder.

Aus der Vergangenheit lernen

Die Erfahrung könnte jungen Menschen jenseits von Schulbüchern zumindest eine Ahnung davon geben, was die Nazis verbrochen haben. Sechs Millionen ermordete Juden, das ist eine abstrakte Zahl. Die Berge von Schuhen und Haaren, die Erschießungsanlage, die Briefe und Tagebücher - all das ist sehr konkret. Und mehr als bedrückend. Es hinterlässt Spuren in Köpfen und Herzen. Eine Einordnung muss der Geschichtsunterricht leisten.

Ein KZ-Besuch ist nur dann sinnvoll, wenn er im Unterricht gut vor- und nachbereitet wird. Dabei soll es nicht darum gehen, ein Geschichtsbild zu verordnen oder Betroffenheit zu erzwingen. Es geht darum, aus der Vergangenheit zu lernen und den Transfer in die Gegenwart zu leisten. Zu zeigen, was passiert, wenn Menschen in Gruppen eigeilt und politische Herrschaft nicht ausreichend begrenzt wird.

Mehr zum Thema



Debatte um KZ-Besuche

Die einen still, die anderen laut

Von Caspar Schwietering

Die Grundrechte der deutschen Verfassung sind als Reaktion auf die nationalsozialistischen Verbrechen formuliert worden. Der Holocaust ist nicht nur eine Geschichte über das Menschheitsverbrechen der Deutschen, sondern auch eine Geschichte über den Staat in dem wir leben. Das zu begreifen, muss das Ziel für die nachfolgenden Generationen bleiben.